

Säure-Regen: „Da liegt was in der Luft“

Schwefelhaltige Niederschläge vergiften Wälder, Atemluft und Nahrung (III und Schluß)

Jüngste, bislang unveröffentlichte Forschungsergebnisse belegen: Schwefelregen läßt – wie in Kanada und Skandinavien – in Westdeutschland neben Bäumen nun auch Fische sterben. Dennoch präsentierte Bonn letzte

Woche einen Entwurf zur Änderung des Luftreinhaltegesetzes, der nach Ansicht von Umweltschützern „mit absoluter Sicherheit zu weiterer, alles Bisherige in den Schatten stellender“ Naturzerstörung führt.

Für den Göttinger Professor Bernhard Ulrich besteht schon kein Zweifel mehr, was die kahlen Tannen in den Forsten und die dahinkümmern den Alleen in den Städten ankündigen.

Europa und womöglich die gesamte nördliche Hemisphäre, meint der Wissenschaftler, stünden am Anfang „einer sich über mehrere menschliche Generationen dahinziehenden Waldvernichtung“ durch industriell erzeugten Luftschmutz wie Schwefeldioxid.

Wenn Ulrich recht hat, droht, so sein Münchner Kollege Peter Schütt, „die gigantischste Umweltkatastrophe, die es je gab“.

Die Mitglieder des Bonner Bundestages können die Symptome bequem auch auf dem Weg zur Arbeit besichtigen. An der Heuss-Allee, die zum Bundeshaus führt, werden ein Dutzend junge Platanen gepflanzt, weil ihre Vorgänger buchstäblich erstickt sind.

Gleichwohl haben die meisten Bonner Politiker in dem bundesweiten Wald- und Baumsterben bislang kaum ein Thema gesehen. Wenn der Walduntergang einem Abgeordneten mal eine Anfrage wert war, gab Forst- und Bauernminister Josef Ertl nichtssagende Antworten.

Ertl blockte im Juni die Fragesteller ab, sie bezeichneten den Niedergang der Nadelwälder „etwas voreilig“ als Fichtensterben. Über das Ausmaß der Erscheinung ließen sich „keine genauen Angaben machen“. Über die Ursachen bestehe „ebenfalls keine Klarheit“. Mit hin sehe er, erklärte Ertl, auch „keine Möglichkeit, kurzfristig die weitere Ausbreitung“ zu verhindern.

Zwar berief der Landwirtschaftsminister im Juli dieses Jahres ein Expertenteam, das ergründen soll, warum der Wald auf dem absteigenden Ast ist. Aber allzu genau, argwöhnen Ertl-Kritiker, möchte der Minister über die Ursachen des Waldsterbens möglicherweise gar nicht informiert werden.

Jahrelang, klagt der Münchner Professor Schütt, habe Bonn sich in Sachen Tannensterben „auf beiden Ohren taub gestellt“. Auch der Münchner Agrarminister Hans Eisenmann wertete die Warnungen von Waldwissenschaftlern jüngst noch als „Unkenrufe“ und „Panikmacher“. Schütt: „Die wollen verhindern,



Anti-Smog-Plakat (1973): „Was wollt ihr denn ...“

daß das ganze Ausmaß des Falles ans Tageslicht kommt.“

Kein Wunder. Würden Bundes- und Landespolitiker die These akzeptieren, daß die industrielle Luftverschmutzung den Tod von Menschen wie von Wäldern verursacht, so müßten sie bestätigen, was sie noch vor wenigen Jahren bestritten haben. Blamiert wären

* Von Klaus Staack.

- ▷ die Freidemokraten, deren Umweltminister Genscher, Maihofer und Baum laut Regierungspropaganda der Republik das beste Umweltrecht der Welt beschert haben,
- ▷ viele Sozialdemokraten, die unter dem Druck von Gewerkschaftern jahrelang dazu beigetragen haben, Entwürfe zum Luftreinhaltegesetz zu verwässern, weil von denen angeblich Arbeitsplatz-Gefährdung drohte,

▷ die Unionschristen, denen selbst die laschen Entwürfe der Regierungsparteien zu weit gingen und die mit Hilfe des Bundesrates jede Verbesserung der Luft-Gesetze blockiert haben.

Eine Anatomie der Bonner Immissionsschutzgesetzgebung der letzten Jahrzehnte fördert zutage, was symptomatisch für die Behandlung chemischer Schadstoffe jeglicher Art anmutet, von Klärschlämmen über Quecksilber bis hin zum Plutonium: die Neigung der Verantwortlichen, Industriegifte lieber zu verdrängen als sie zu beseitigen.

Die parlamentarische Behandlung umweltpolitischer Fragen verrät allzuoft blanke Unkenntnis ökologischer Zusammenhänge. Wie „Dokumente der Dummheit“, urteilt die „Süddeutsche Zeitung“, lassen sich die Protokolle jener Bonner Sitzungen, in denen die SO₂-Belastung der Luft debattiert worden ist.

Dummheit Nummer eins ist die Annahme, wer Hochgiftiges nur weit genug von sich fortschiebe, sei schon entsorgt.

Gerade das Beispiel SO₂ demonstriert die Gültigkeit einer schlichten Regel, die der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) als Paragraph 1 eines fiktiven „Gesetzes der Ökologie“

propagiert: „Alles muß irgendwo bleiben.“

Auch wenn Schwefelgase von hohen Schloten in jene Schichten, 3000 Meter über dem Erdboden, emporgeblasen werden, in denen ewige Winde wehen – herunter kommen die Gifte immer, wenn auch größtenteils im Ausland.

Weil aber Wirtschaftsgiganten wie die USA und die Bundesrepublik zumindest ebensoviel Schmutz exportieren, wie sie importieren, haben sie vergleichsweise wenig Interesse an der Ausarbeitung internationaler Verträge, die sich streng am Verursacherprinzip orientieren.

Das Wettüben der Schornsteinbauer hält unvermindert an. Ähnlich wie bei Rüstungskontrollverhandlungen zeigt sich kein Land zu Vorleistungen bereit. Jedwedes nationale Gesetz, das eine bessere Rauchentgiftung strikt vorschreibt, würde, so die Logik der Ökonomen, Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der heimischen Wirtschaft bewirken.

Entsprechende Gesetzentwürfe werden mithin von den Interessenverbänden regelmäßig bekämpft. Das Argument, zunächst einmal sei internationale „Harmonisierung“ vonnöten, wird dabei „im-

* Szene aus dem TV-Film „Smog“.



... ihr lebt ja noch": Anti-Smog-Film (1975)*

*Lebenskünstler,
Weitgereiste
und Gutberatene*

fliegen mit

UTA

„à la française“

*nach Afrika
und Fernost*

UTA ist die französische Fluggesellschaft, die als Spezialist

im weite Strecken bekannt ist und für hervorragenden Service. Darunter versteht man bei UTA: Betreuung vor dem Start und nach der Landung – französische Gastlichkeit während des Fluges nach West-, Mittel- und Südafrika oder nach Fernost.

UTA fliegt fünf Kontinente an – 26 Städte in 24 Ländern Afrikas – (Zusammenarbeit mit Air Afrique) 15 Städte in dreizehn Staaten in Fernost und im pazifischen Raum

UTA

French Airlines

6 Frankfurt/M, Wolfsgangstraße 30
Tel.: 0611/590939, Telex: 0413504

Düsseldorf, Hamburg, Köln, München, Stuttgart

mer wieder“, wie schon vor Jahren der Rheinisch-Westfälische TÜV rügte, von der Industrie „als Vorwand gebraucht, um die Anforderungen, die wir beispielsweise bei der Entstaubung stellen wollen, herunterzuschrauben“.

Auf internationalen Konferenzen sind in den letzten Jahren zwar einige Vereinbarungen getroffen worden, um die SO_2 -Emissionen generell, vor allem aber deren grenzüberschreitenden Ferntransport zu reduzieren – aber gerade so vage, wie sich bei der Interessenlage erwarten ließ.

Eine von 34 Nationen aus Ost und West 1979 in Genf unterzeichnete Konvention verpflichtet die nationalen Industrien lediglich, den Export von luftigem

nicht, daß es meinem Nachbarn erlaubt sein sollte, seinen Müll auf meinen Rasen zu kippen, und dann zu sagen, er habe kein Geld für die Müllabfuhr.“

Stafford und eine Reihe anderer Senatoren haben Gesetzentwürfe vorgelegt, die zum Beispiel vorsehen, daß die SO_2 -Emissionen in den USA binnen zehn Jahren um ein Drittel reduziert werden sollen. „Wenn wir jetzt nicht handeln“, sagt Staffords Mitstreiter Daniel Moynihan, „laufen wir Gefahr, Schäden anzurichten, die nicht wiedergutmachen sind.“

Gleichwohl sind die Chancen dieser Gesetzentwürfe denkbar gering: Die industriefreundliche Regierung Reagan und viele Politiker aus Mittelwest haben

absetzung des SO_2 -Limits von derzeit 140 auf 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Zumindest sei, argumentieren Umweltschützer, eine Senkung des Standards auf 60 Mikrogramm notwendig – jene Grenze, die seit Jahren auch von der Weltgesundheitsorganisation empfohlen wird.

Dennoch stellte die Bundesregierung am Montag letzter Woche bei einer Anhörung von Verbandsvertretern im Innenministerium einen Entwurf zur Änderung der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ (TA Luft) zur Debatte, der einiges verbessert, vieles jedoch beim alten beläßt und manches wohl noch verschlimmert.

Der natur- wie gesundheitsschädigende SO_2 -Wert von 140 Mikrogramm soll unangetastet bleiben. Zwar meinen Bonner Innenministeriale, aufgrund neuer Meß- und Beurteilungsmethoden würden „die nominal unveränderten Grenzwerte ... praktisch verschärft“, Kritiker aber befürchten das Gegenteil (siehe Kasten Seite 178).

Durch die Novellierungsvorlage, analysiert der West-Berliner Umweltforscher und Politikwissenschaftler Volker Prittwitz, würden die Genehmigungsanforderungen „erheblich gesenkt“. Prittwitz: „Warnungen der Wissenschaftler werden nicht berücksichtigt.“

Die geplante Luftnovelle fügt sich damit in die Tradition Bonner Umweltpolitik, die vor allem von einer Eigenart geprägt scheint: Kompromißbereitschaft zu Lasten der Umwelt.

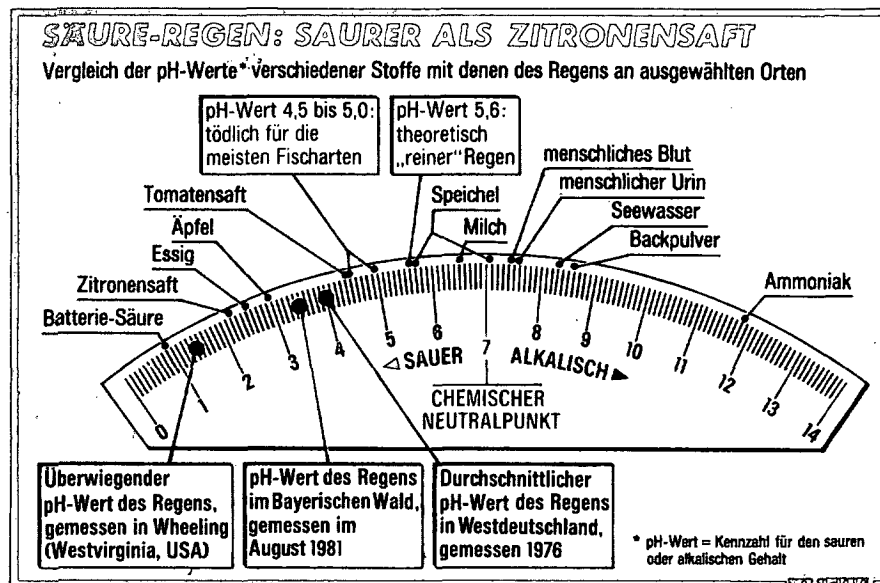
Dabei hatte es Anfang der siebziger Jahre in der Bundesrepublik vorübergehend so ausgesehen, als sei die Zeit reif für die Verabschiedung wirklich durchgreifender Gesetze zur Luftreinhaltung:

TV-Autor Wolfgang Menge brachte damals den SO_2 -Schocker „Smog“ auf den Bildschirm. Polit-Pamphletist Klaus Staack veröffentlichte Postkarten und Plakate, auf denen die Forderung „Die Luft gehört allen!“ von der Industrie zynisch kommentiert wird: „Aber wir bestimmen den Giftgehalt.“

Und was einer Bürgerinitiative im rheinischen Voerde, die gegen ein Kohlekraftwerk stritt, entgegengehalten wurde, gab den Titel ab für einen Dokumentenband und für ein Hörspiel von Günter Wallraff: „Was wollt ihr denn, ihr lebt ja noch.“

Sachverständige erklärten damals in Bonn, die bis dahin (schon seit 1964) gültigen SO_2 -Immissionswerte seien „nicht unproblematisch“, mehr als bislang müsse der „additiven Wirkung“ mehrerer Schadstoffe, auch auf „Vorbelastete“, Rechnung getragen werden – kurzum, es gebe einen „gewaltigen Nachholbedarf an umweltschützenden Maßnahmen“.

Und keinesfalls, so die Experten, dürften „Probleme in einem Teilbereich durch Belastung des anderen gelöst werden“. Dies genau geschah jedoch, als



Giftmüll „soweit wie möglich“ einzuschränken. Irgendwelche Höchstgrenzen oder Sanktionen schreibt das Pakt-Papier nicht vor.

In den Vereinigten Staaten, immerhin, hat in letzter Zeit eine breite Diskussion über die Auswirkungen von SO_2 -Emissionen eingesetzt, die aus Industriebetrieben vor allem in Ohio, Indiana, Missouri, Pennsylvania und Illinois emporsteigen.

Anlaß der öffentlichen Erörterung war jedoch weniger der Umstand, daß die Abgase aus dem Mittleren Westen der USA Zehntausende von kanadischen Seen sterben lassen (was von der Regierung in Ottawa seit Jahren beklagt wird). Aufgeschreckt wurde Washington vielmehr durch die Nachricht, daß Schmutz aus US-Schornsteinen auch Gewässer im Nordosten der USA gefährdet: In Minnesota etwa drohen 35 Prozent der Seen umzukippen, und mancherorts ist das Regenwasser schon saurer als Zitronensaft (siehe Schaubild Seite 176).

Robert Stafford, Senator aus dem US-Staat Vermont, hoch droben an der kanadischen Grenze, wettete gegen die Industrie im Mittelwesten: „Ich glaube

sich den verwegenen Standpunkt der Wirtschaftslobby zu eigen gemacht, es gebe „keine sicheren Beweise dafür, daß durch eine Verringerung der Emissionen der Regen weniger sauer würde“, so William Gerstner, Vizepräsident des Energiekonzerns Illinois Power.

Westdeutsche Industrievertreter argumentieren ähnlich. Vor allem der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus ist bemüht, die alarmierenden Meldungen aus dem deutschen Wald abzuwiegeln. Vorstandsmitglied Jochen Seeliger erteilt seiner Branche Generalabsolution: „Wir tun auf diesem Gebiet alles, was wir tun können, mehr geht nicht.“

Vom Kabinett Schmidt hat die Energiewirtschaft, so scheint es, eine drastische Verschärfung der Auflagen ebenso wenig zu befürchten wie die US-Industrie von der Reagan-Administration. Ölverknappung und -vertierung, Wirtschaftsfalte und Arbeitslosigkeit veranlassen Bonns Politiker, weiterhin Nachsicht gegenüber den großen Umweltverschmutzern walten zu lassen.

Zwar fordern mittlerweile auch Waldexperten im Agrarministerium eine Her-

„Freibrief für generelle Ausrottung“

Umweltschützer kritisieren Bonns Pläne zur Änderung des Luftreinhalteungsrechts

Monika Zimmermann, 25, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), findet es „ganz interessant, wer da so alles eingeladen wird“.

Gebeten worden waren ins Bundesinnenministerium, zu einer Anhörung über Bonner Änderungspläne zum Luftreinhalteungsrecht, am Montag letzter Woche außer dem BBU vier weitere Umweltschutzorganisationen. Sie prallten auf eine nahezu fünffache Übermacht.

Die Liste der um Stellungnahme gebetenen Wirtschaftsverbände las sich wie das Verzeichnis sämtlicher Dachorganisationen der bundesdeutschen Luftverschmutzer: vom Bundesverband der Deutschen Industrie über die Wirtschaftliche Vereinigung Zucker bis zum Bundesverband der Deutschen Schrottwirtschaft – vergessen worden war niemand.

Die Wirtschaftsvertreter taten, was ihre Aufgabe ist: Sie klagten, und sie hatten ein wenig Grund dazu. Denn gegenüber der zur Zeit geltenden Verwaltungsvorschrift, der sogenannten TA Luft von 1974, sieht der Bonner Änderungsentwurf in dem einen oder anderen Punkt eine Verschärfung vor.

Erstmals sollen für die hochgiftigen Schwermetalle Blei, Cadmium und Thallium verbindliche Immissionswerte festgelegt werden. Der zulässige Fluor-Auswurf wird reduziert, der Anteil von



Umweltschutz-Minister Baum*
Zu lasch oder zu scharf?

sein – obgleich der Internationale Verband Forstlicher Forschungsanstalten, besorgt über die Folgen zunehmend sauren Regens, 50 Mikrogramm als höchstzulässigen Wert ermittelt hat.

Durch die Fixierung der alten Standards werde, warnt das (zur Anhörung

realisieren läßt; viele erwarten sogar eine „Verschlechterung“ (Deutscher Naturschutzring).

Dem Entwurf ist die Antwort auf die Frage, ob er zu lasch oder zu scharf ist, nur schwer zu entnehmen: Weite Teile dieses mit Formeln gespickten „Geheimwerks für Insider“ sind nach Ansicht des BBU „unverständlich oder doppeldeutig formuliert“ – gerade so, als solle „die Diskussion und Anwendung des Textes auf wenige professionelle Industriefachleute und Verwaltungsjuristen beschränkt bleiben“.

Zwar sieht der Entwurf vor, daß die Beurteilungsflächen etwa zur Ermittlung saurer

Niederschläge von vier mal vier Kilometern auf einen Quadratkilometer verringert werden. Und tatsächlich würde durch die Verkleinerung der Meßflächen rund um luftverunreinigende Betriebe verhindert, daß weiterhin bis zum Dreifachen überhöhte Belastungen in Werknähe mit Hilfe unterdurchschnittlicher Werte aus der weiteren Umgebung „weggemittelt“ werden.

Indes: Die Verringerung der Beurteilungsflächen soll *nicht* in relativ wenig belasteten Gebieten gelten, und auch *nicht* in solchen Regionen, in denen die Auswürfe kontinuierlich gemessen werden; im wesentlichen sind das stärker belastete Zonen. Das bedeute, folgern BBU-Experten, daß die von Baum verkündete Verschärfung der Meßmethoden „praktisch nicht zur Anwendung kommt“.

Daß der Innenminister mit der „Verschärfung“ umweltrechtlicher Bestimmungen auf den Lippen“ in Wahrheit „hauptsächlich die Investitionsmöglichkeiten der Industrie auf Kosten gesundheitlicher und ökologischer Schutzziele“ erweitern will, glauben Entwurfskritiker auch einer Reihe anderer Details entnehmen zu können.

Entfallen soll künftig der sogenannte Kurzzeitwert, in dem sich Schadstoff-Spitzenbelastungen rechnerisch besonders stark niederschlagen und den Experten daher als „Genehmigungshindernis Nummer eins“ bezeichnen. Werde dieser Wert nicht mehr berücksichtigt,

$$C(x, y, z) = \frac{10^6}{3600 \cdot 2 \pi} \cdot \frac{Q}{u_N \sigma_y \sigma_z} \exp\left(-\frac{y^2}{2\sigma_y^2}\right) \left[\exp\left(-\frac{(z-h)^2}{2\sigma_z^2}\right) + \exp\left(-\frac{(z+h)^2}{2\sigma_z^2}\right) \right]$$

Es bedeuten:

x, y, z in m

Kartesische Koordinaten der Aufpunkte
in Ausbreitungsrichtung (x), senkrecht

Baum-Entwurf zur „TA Luft“ (Ausriß): „Geheimwerk für Insider“

Krebsauslösern wie Asbest und Arsen auf 0,1 bis 5 Milligramm pro Kubikmeter Luft gesenkt – ohne Zweifel längst überfällige Korrekturen einer Vorschrift, die als schärfsten einschlägigen Grenzwert 20 Milligramm aufweist.

Lauter noch als die Lobby der Industrie aber führten in Bonn die Umweltschutzverbände Klage. Sie hatten erst recht Grund dazu.

Entgegen dem Rat von Forstexperten, Biologen und Medizinern nämlich bleiben viele allzu hohe Richtwerte unverändert. So sollen nach dem Bonner Entwurf weiterhin 140 Mikrogramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft zulässig

nicht geladene) Freiburger Öko-Institut, „die technische Fortentwicklung bei emissionsmindernden Maßnahmen blockiert und die unmittelbare Anwendung neuer medizinischer Erkenntnisse verhindert“.

Zwar beteuern Baums Beamte, daß die Luftverschmutzung trotz der „nominal unveränderten Grenzwerte“ für SO₂ durch „Einführung präziser Verfahren zur Ermittlung der Belastung“ praktisch „um bis zu 30 Prozent“ reduziert werden könne. Unabhängige Umweltexperten bezweifeln jedoch, ob sich die in Aussicht gestellte SO₂-Verringerung wirklich

* Mit Wasserprobe, an Bord eines Laborschiffes.

dann sei, fürchtet der BBU, in topographisch und meteorologisch benachteiligten Gebieten eine „Verringerung des Immissionsschutzes“ die Folge.

Einen speziellen Schutz von Tieren und Pflanzen sieht der Entwurf nur dann vor, wenn in Nationalparks und Naturschutzgebieten – die kaum ein Prozent der Bundesfläche ausmachen – ein „bedeutender Bestand“ bedroht ist. In diesem Fall soll die SO_2 -Belastung regional auf 60 Mikrogramm begrenzt werden.

Gegen diese Klausel wenden Umweltschützer ein, daß 60 Mikrogramm hinreichen, viele Lebewesen, auch Bäume, dauerhaft zu schädigen. Vor allem aber sei die Vorschrift ein Freibrief für die „generelle Ausrottung von Tieren und Pflanzen außerhalb von Naturschutzgebieten und Nationalparks“ (BBU).

Schutz von Flora und Fauna vor allzuviel Schwefelschmutz soll zwar auch in der „Nachbarschaft“ von Industriebetrieben gewährt werden können – allerdings nicht dort, wo die Luftverschmutzung schon „ortsüblich“ ist. Der BBU vergleicht diese Politik („Was belastet ist, ist eh verdorben“) mit „einer Strafverfolgung, die in Unterweltvierteln mit der Begründung einer ohnehin zu hohen Kriminalitätsrate ausgesetzt wird“.

Für besonders gefährlich halten Entwurfskritiker im BBU, aber auch im DGB, eine neue „Sanierungsklausel“, die vorsieht, daß in hochgradig belasteten Gebieten zusätzliche Anlagen genehmigt werden dürfen, wenn der Antragsteller eine „Verminderung der Emissionen aus anderen von ihm regelmäßig betriebenen Anlagen“ anbietet.

Dieser „Kuhhandelsparagraf“ führe zur „Vermarktung des Allgemeinguts Luft“ und berge, meint der BBU, die „akute Gefahr, daß stark emittierende Altanlagen mit der Zielsetzung in Betrieb gehalten werden, sie als ‚Emissionspfand‘ für die Genehmigung von Neuanlagen zu benutzen“.

Mit einer Reihe anderer Bestimmungen würde Bonns Luftreinhaltegesetz künftig festschreiben, was es schon seit langem bewirkt: eine „Politik der hohen Schornsteine“. Die Vorlage verdiene den Titel „Technische Anleitung zur gleichmäßigen Verteilung der Luftverschmutzung“.

Baums Entwurf, fürchten auch die Waldbesitzer, „entlastet zwar die unmittelbare Umgebung, verlagert aber damit die Schäden großräumig in die bisher ökologisch noch intakten Gebiete“.

Wenn die Vorschrift im Frühjahr, wie geplant, mit unveränderten, „unverantwortlich hohen“ SO_2 -Werten in Kraft trete, werde es, prophezeit der Deutsche Naturschutzring, „mit absoluter Sicherheit zu einer weiteren, alles bisherige in den Schatten stellenden Waldvernichtung“ kommen.

1974 das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in Kraft trat:

In der dazugehörigen TA Luft wurde der höchstzulässige SO_2 -Jahresmittelwert zwar von 400 auf 140 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft herabgesetzt. Weil das Gesetz aber die Möglichkeit offenhielt, Belastungsgebiete einfach durch Höherhängen der Rauchfahnen zu entlasten, waren die Konsequenzen für Sachkenner bereits damals absehbar: Schädigung zumindest der besonders SO_2 -empfindlichen Tier- und Pflanzenwelt, wahrscheinlich sogar der menschlichen Gesundheit auch weit außerhalb der Industriezonen – Effekte, die nun weithin eingetreten sind.

Bereits Anfang der siebziger Jahre hatte Professor Christian Junge, Direktor des Mainzer Max-Planck-Instituts für

vestitionen bedingen“, so der Düsseldorfer Sozial-Ministeriale Franz-Josef Dreyhaupt, „ist die Industrie an einer raschen Entwicklung des Standes der Technik zur Luftreinhaltung nicht sehr interessiert.“

Wirtschaftsvertreter setzen die Umwelt-Behörden regelmäßig mit dem Argument unter Druck, Umwelt-Auflagen könnten Arbeitsplätze gefährden: „Die Genehmigungsbehörde“, klagte der Düsseldorfer Dreyhaupt, „gerät in ein Dilemma zwischen Luftreinhaltung und Wirtschaftswachstum.“

In dieser Zwangslage konnte in der Bonner Politik die Ansicht gedeihen, die Natur sei im Zweifel stärker belastbar als die Wirtschaft. Dagegen setzen Umwelt-Verbände wie der BUND vergebens einen anderen Paragraphen ihres Öko-Gesetzes: „Nichts ist umsonst.“



Säureregen-Forschung*: „Panikmache und Unkenrufe“?

Chemie, den Bundestag davor gewarnt, sich nur um die Beseitigung der örtlichen Luftverschmutzung zu bemühen:

In dem Augenblick, wo durch die Verdünnung... die Konzentrationen unter gewissen Werten liegen, ist das Problem im allgemeinen lokal gelöst. Aber es ist nicht für den regionalen Raum und nicht für die Atmosphäre als Ganzes gelöst; denn durch die Verdünnung werden natürlich nicht die Schadstoffe aus der Atmosphäre eliminiert.

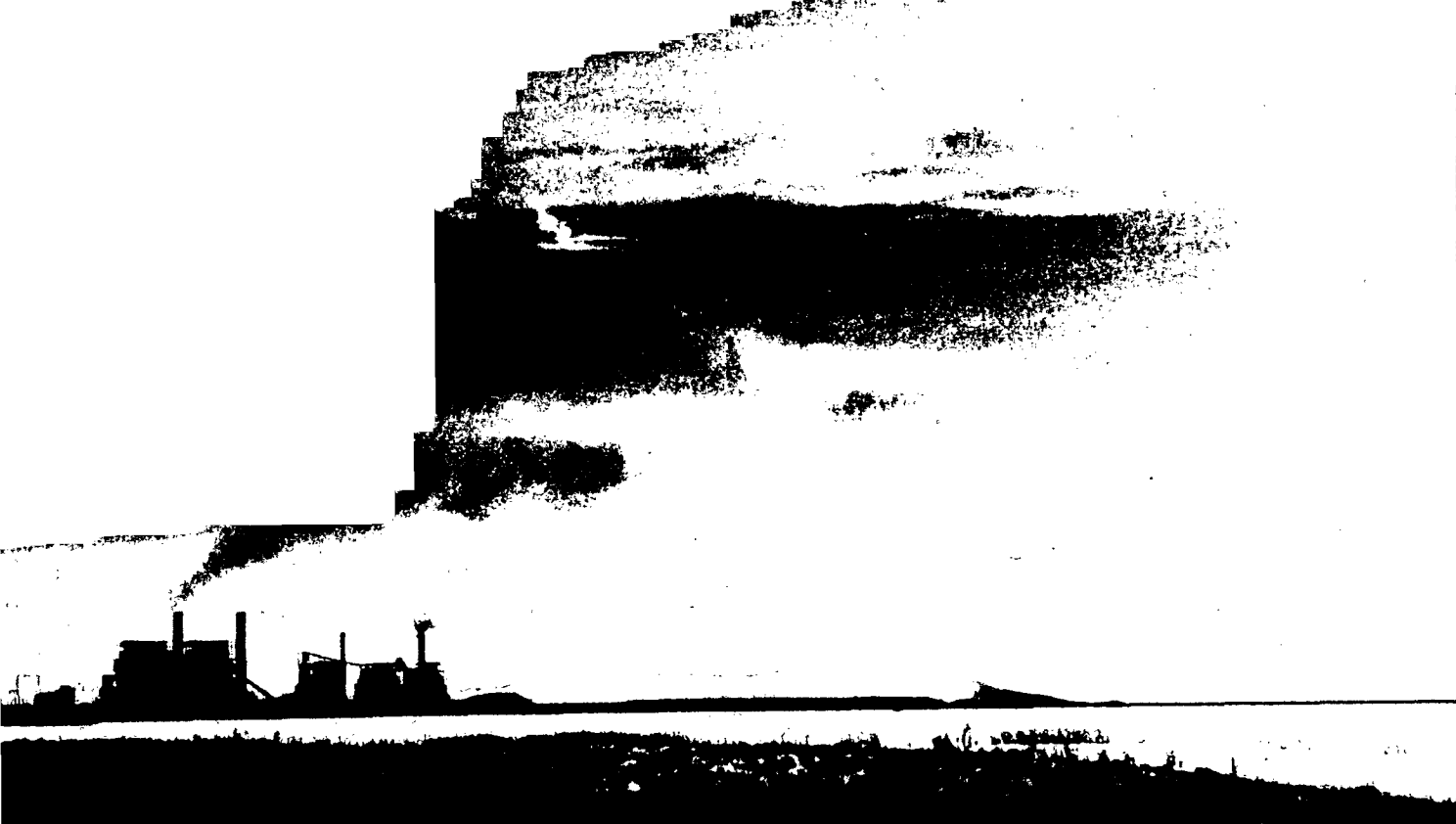
Gleichwohl war den Verursachern des Säureregens bislang Erfolg beschieden bei ihren Bemühungen, umweltfreundliche Entschwefelungsvorschriften abzuwenden. „Da die Maßnahmen zur Luftreinhaltung meistens erfolgsnegative In-

Der Glaube, die natürliche Umwelt sei durch menschliche Eingriffe nahezu beliebig manipulierbar, bestimmte schon zu Beginn der siebziger Jahre die Debatten über die damals gerade zur Veränderung anstehende „TA Luft“.

Zwar mahnten bei einer Anhörung in Bonn medizinische und biologische Sachverständige, bei der Festsetzung von SO_2 -Höchstwerten dürfe nicht zugrunde gelegt werden, was gesunde Menschen gerade noch aushalten. Die – um ein Vielfaches höhere – Empfindlichkeit etwa von Bäumen dürfe nicht außer acht gelassen werden.

Die Umweltexperten der Industrie aber schlugen derlei Bedenken glatt in den Wind. Ein Jahrzehnt nach dem Hearing – während Wissenschaftler millionenfaches Baumsterben registrieren und die TA Luft aufs neue novelliert werden

* Meßstation in der nordrhein-westfälischen Haard; der Regen wird durch Kunststoffringe am Baumstamm abgefangen und durch Schläuche in Sammelbehälter geleitet.



US-Kohlekraftwerk: „Schäden, die nicht wiedergutzumachen sind“

soll – ist die Lektüre der Protokolle von einst nicht ohne Reiz.

Richard Zahn, entsandt von den Farbwerken Hoechst AG in Frankfurt, etwa beteuerte, die geschädigten Wälder im Ruhrgebiet machten gerade „rund 0,5 Prozent der Gesamtwaldfläche in der Bundesrepublik“ aus, der forstwirtschaftliche Schaden betrage maximal zehn Millionen Mark – was ist das schön: „Das sind, wenn Sie mir den Vergleich gestatten, weniger als fünf Prozent des Betrages, den allein die chemische Industrie jährlich für Abluftreinigungsmaßnahmen aufwendet.“

„Zum Glück vertragen die Pflanzen“, versicherte der Chemie-Mann, „eine nicht unerhebliche Menge an schädlichen Substanzen.“

Wenn ein paar Arten draufgehen sollten, sei zu bedenken, daß „in unserem hochindustrialisierten Land“ eben ein „gewisses Risiko für die Vegetation in Kauf“ genommen werden müsse.

Im übrigen, schloß der Hoechst-Vertreter, gebe es ja die Möglichkeit, dem Land eine andere Vegetation zu verschaffen. Zahn präsentierte den Parlamentariern ein paar Tips, wie die westdeutsche Flora notfalls dem Giftgehalt der Landluft angepaßt werden könnte, nämlich:

Durch Umwandlung von Nutzwald in Erholungswald, wobei widerstandsfähigere Baumarten gewählt werden können als Fichten und Kiefern, schließlich durch Einsatz resistenter Sorten und Pflanzenherkünfte.

Ähnlich argumentieren US-Fachleute, die auf internationalen Konferenzen

über die grenzüberschreitende Luftverschmutzung schon vorschlugen, daß vom Säureregen getroffene Länder gefälligst gegen Säure unempfindliche Fischarten züchten sollten. Ein kanadischer Zoologe merkte daraufhin an: „Was soll das? Wir züchten ja auch keine gasresistenten Kanarienvögel für Kohlenminen.“

Unbekümmert um die ökologischen Folgen, machten die Bosse von Kraftwerken, Raffinerien und Fabriken in Bonn jahrelang Stimmung gegen SO₂-Beschränkungen. „Die haben die Stellungnahmen und Proteste mit Lieferwagen hier vorgefahren“, berichtete Ministerialrat Hans-Ludwig Dreißigacker vom Umweltschutzreferat des Innenministeriums.

Verbandsfunktionäre nannten die „TA Luft“ einen „Morgenthau-Plan für die deutsche Industrie“. Ein Sprecher der „Technischen Vereinigung der Großkraftwerksbetreiber“ drohte gar an, aus Protest gegen das Luftrecht den Bundesbürgern das Licht auszuknipsen: „Unter Umständen muß man einen Abschaltplan aufstellen, um der Bevölkerung drastisch zu demonstrieren, wie notwendig eine gesicherte Energieversorgung ist.“

Unter dem Eindruck solcher Drohungen verband Bonn vor sieben Jahren hohe SO₂-Richtwerte mit einer Fülle von wirtschaftsfreundlichen Ausnahme- und Übergangsregelungen – mit dem Effekt, daß die von Ökologen dringend empfohlene radikale Reduzierung des Schwefel ausstoßes unterblieb und die Naturzerstörung anhält.

Vergangene Woche machte Hans Belriether, Leiter der Nationalparkver-

waltung im Bayerischen Wald, publik, daß Säureregen in Westdeutschland nicht nur Bäume, sondern, wie in Kanada und in Schweden, auch Fische sterben läßt: In Ostbayern, wo im August Regen mit dem Säurewert pH 3,4 niederging, seien „die makellos erscheinenden Bergbäche“ nunmehr „fast völlig fischleer“.

Und in einer soeben abgeschlossenen, noch unveröffentlichten Studie weist der Mainzer Geoökologe Manfred Krieter nach, daß auch „die meisten Gewässer im südlichen Hunsrück heute bereits als biologisch tot angesehen werden müssen“. Krieter:

Wo vor 60 Jahren noch die Lebensgemeinschaft im Wasser intakt war und Forellen sich tummelten, herrschen nun abiotische Verhältnisse. Das klare Wasser ist gleichsam sterilisiert durch den tiefen Säuregrad (3,0–4,5), belastet mit überhöhten toxischen Aluminiumkonzentrationen, gekrönt von dicken Schaumflocken aus Stickstoffverbindungen, alles schubweise aus den Böden ausgewaschen.

Auch für Krieter steht fest, daß das Baum- und Bachsterben den bevorstehenden „Zusammenbruch des gesamten Wald-Ökosystems“ ankündigt, mithin eine unmittelbare Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen:

Der Säureregen und die unter seiner Einwirkung im Boden mobilisierten Aluminium- und Schwermetallfrachten schlagen im Hunsrück voll über das Sicker- und Grundwasser bis letztlich zum Quellwasser durch. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann nach dem Tod der Oberflächenwässer als nächstes das Grundwasser wegen toxikologischer Bedenken kei-

Lernen Sie den interessantesten Menschen der Welt kennen: Sich selbst

In der neuen WARUM finden Sie ein 14-seitiges Übungsprogramm, das Ihr Selbstbild in neuem Licht erstrahlen läßt

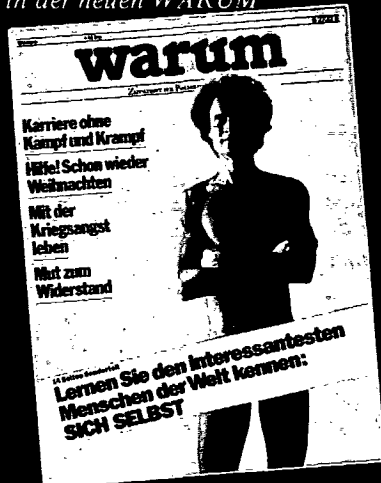
Karriere ohne Kampf und Krampf. Wer in der Arbeit über Leichen geht, sollte seine Aufstiegshoffnungen zu Grabe tragen
Agressivität führt nicht nach oben

Hilfe, schon wieder Weihnachten. Lesen Sie in der neuen WARUM, welcher Weihnachtswunsch Sie wunschlos glücklich macht

Mut zum Widerstand. Welche Menschen lassen sich in schwierigsten Zeiten nicht unterkriegen

Mit der Kriegsangst leben. Warum verdrängen so viele ihr Wissen über die große Gefahr

Diese und viele andere Themen in der neuen WARUM



Jetzt bei Ihrem Zeitschriften-Händler

ne Verwendung zu Trinkwasserzwecken mehr finden kann.

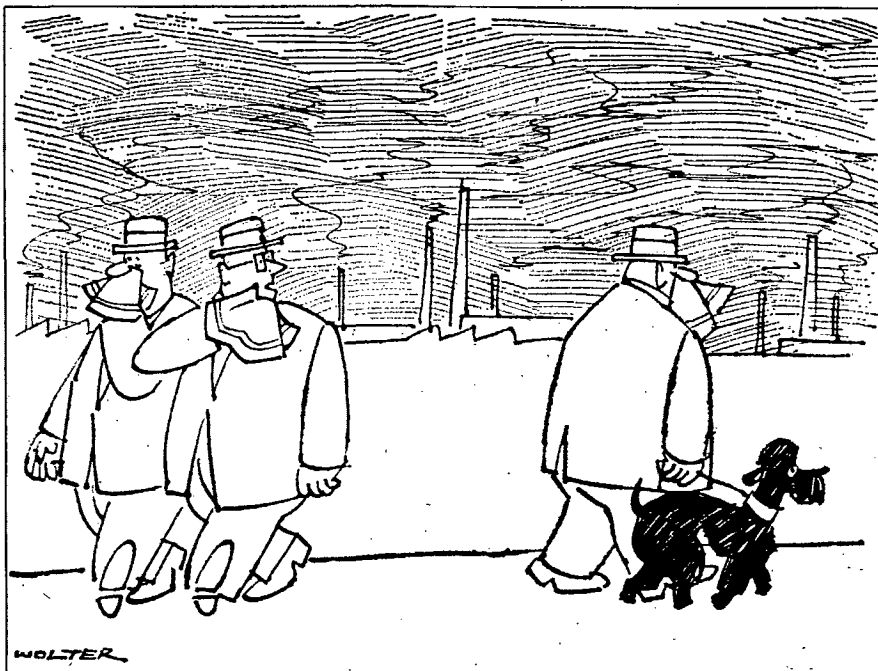
Gegen die Folgen des sauren Regens existiere, meint der Bayer Bibelriether, nur ein Heilmittel: „Sauberer Regen.“ Den wiederum wird es nur geben, wenn der Gesetzgeber zunächst bei den Hauptemittenten ansetzt, den Kraftwerken und Industriebetrieben mit 82 Prozent Anteil am SO_2 -Gesamtausstoß.

Doch Hunderte von Kraftwerken ließen sich bislang nicht dazu bewegen, für den nachträglichen Einbau von Entschwefelungsanlagen zu sorgen. Nach Feststellung der Düsseldorfer Landesregierung sind allein in Nordrhein-Westfalen Kohlekraftwerke mit einer Gesamtleistung von 5000 Megawatt in Betrieb, die technisch veraltet sind.

offeriert, bei Installation von Entschwefelungsanlagen 50 Prozent der Investitionskosten beizusteuern, hatte sich kein einziges nordrhein-westfälisches Unternehmen bereitgefunden, das Angebot anzunehmen.

Auf neue Anlagen üben die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen nur milden Zwang aus: Diese Kraftwerke müssen 75 Prozent des Rauchgases – der Rest geht ohnehin ungefiltert in die Luft – durch eine Kalkwaschanlage schicken, die im Jahresmittel rund 80 Prozent des Schwefels zurückhält.

So werden beispielsweise zwei von der „Veba“ im Westerwald bei Weitefeld geplante 740-Megawatt-Blöcke trotz Entschwefelungsanlage stündlich vier Tonnen SO_2 auswerfen – das sind zwei



Kölnische Rundschau

„Ich habe noch Hoffnung: Sobald der erste Pudel an Umweltverschmutzung eingeht, wird der deutsche Aufschrei unüberhörbar“

Die Betreiber der Anlagen, darunter das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, der größte private Stromversorger Europas, weigern sich beharrlich, die Anfang der fünfziger Jahre gebauten, längst abgeschriebenen und daher hochrentablen Kraftwerke durch neue zu ersetzen oder wenigstens zu modernisieren. „Alles, was die tun“, zürnte Düsseldorf Sozialminister Friedhelm Farthmann, „ist, daß die den Leuten einreden, mehr Strom zu kaufen.“

Jahrelang mühte sich Farthmann, die Unternehmen mit staatlichen Subventionen zum Einbau von Rauchgasentschwefelungsanlagen zu bewegen. „Wir müssen den Herren Steuergelder in den Hintern blasen“, sinnierte der Minister, „damit sie sich bequemen, die alten Mühlen aus dem Gelände zu nehmen.“

Vor kurzem mußte Farthmann öffentlich gestehen, daß seine Subventionsstrategie gescheitert ist. Obwohl das Land

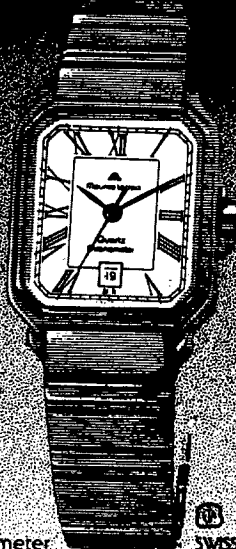
Tonnen reiner Schwefel pro Stunde oder 10 000 bis 15 000 Tonnen pro Jahr, die über die Wälder des hessischen Dill-Kreises gen Nordosten ziehen werden.

Dabei ist das Prinzip einer umweltfreundlichen Methode der Kohleverbrennung seit einem halben Jahrhundert bekannt: das sogenannte Wirbelschichtverfahren, bei dem gemahlene Kohle durch Preßluft in einen Schwebestand gebracht, mit Kalk versetzt und bei relativ niedrigen Temperaturen verbrannt wird.

Giftige Stickoxide entstehen bei diesem Verfahren kaum. Und der in der Kohle vorhandene Schwefel verläßt das Kraftwerk nicht durch den Schlot, sondern verwandelt sich in Gips, der mit der Asche abgezogen wird und als Baumaterial verwendbar ist.

Der Wirbelschichtofen aber ist, mangels Nachfrage, erst jüngst zur Serienreife entwickelt worden. Im Düsseldorfer

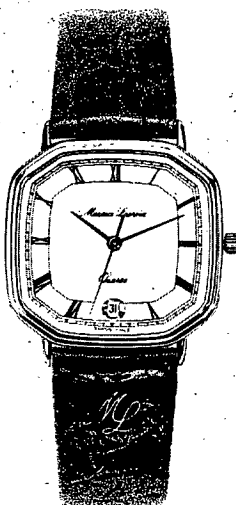
Maurice Lacroix



Extrem
flach!

Chronometer SWISS QUARTZ
In 18 ct. goldplattiert, Edelstahl, Bi-Color

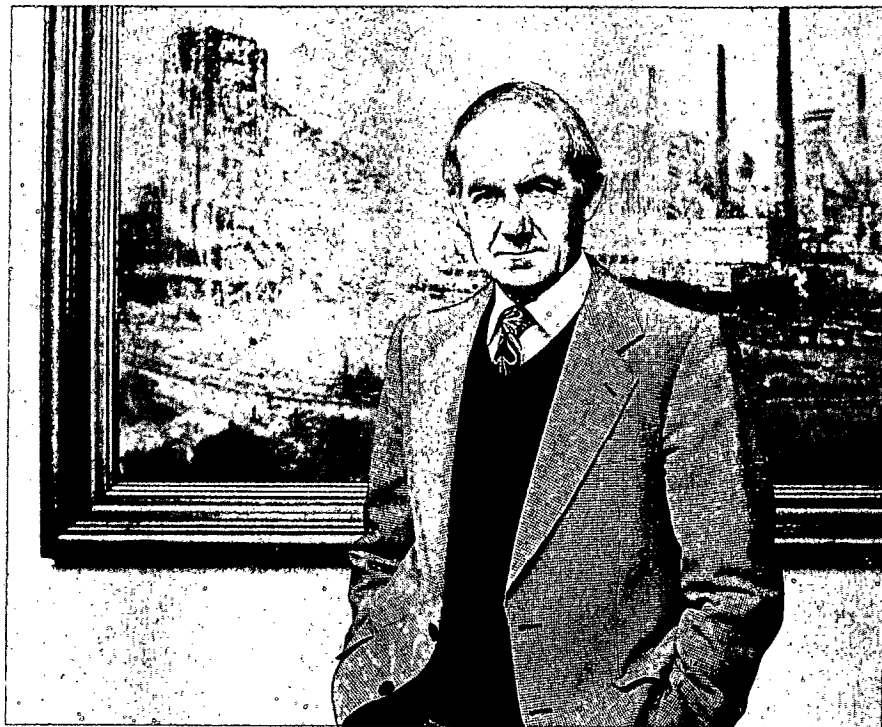
Die Uhren



Dies sind 2 Beispiele unserer Creationen Schweizer Uhrmacherkunst. Extrem flach, wasserdicht bis 30 m Tiefe. Uhren, die unter Kennern weltweit einen guten Ruf genießen und persönlichen Geschmack verraten. Wir nennen Ihnen gerne ein gutes Fachgeschäft in Ihrer Nähe.

Maurice Lacroix

OF SWITZERLAND
Waldpark 2 · 7531 Eisingen
Telefon: 0 72 32 · 86 25



Steinkohle-Vertreter Seeliger: Auf Lachs verzichten?

Stadtteil Flörsheim steht das bislang einzige Kraftwerk dieser Art. In Völklingen an der Saar wird ein zweites montiert, eine Anlage ohne Schornstein.

Solche Beispiele werden Ausnahmen bleiben, wenn Bonn weiterhin dem Widerstand der Industrie nachgibt. Deren Verbandsfunktionäre operieren nach wie vor mit Kosten-Nutzen-Rechnungen, die Forderungen nach besserem Immissionsschutz ins Absurde abdrängen sollen.

Jochen Seeliger, Geschäftsführer des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus, etwa zitiert gern britische Kollegen, nach deren Kalkulation es zwei Millionen Pfund Sterling kosten würde, ein Kilogramm norwegische Lachse am Leben zu erhalten – da verzichteten sie doch lieber gleich auf beides, die teuren Entschwefelungsanlagen und den delikaten Edelfisch.

Und in der Bundesrepublik mokierte sich die „Wirtschaftswoche“ schon vor Jahren über Umweltpolitiker, die „zu Lasten von Industrieansiedlungen“ den Immissionsschutz verbessern wollten: Die geplanten Auflagen seien „gedacht für zarte Molche“.

Solcher Spott über Lachse, Lurche und die vermeintliche Weltfremdheit von Ökologen verkennt, daß das Aussterben tierischer und pflanzlicher Lebewesen in aller Regel komplexe Störungen des Naturhaushalts anzeigt, die zugleich Leben und Gesundheit von Menschen bedrohen.

Krebserkrankungen, Nierenleiden, Erbschäden durch Schwefel in der Luft und Schwermetalle in der Nahrung – diese Auswirkungen des Säureregens, die Wissenschaftler nun nachgewiesen haben, belegen drastisch die Gültigkeit

des grünen Gemeinplatzes „Naturschutz ist Menschenschutz“.

Fachleute wie der Düsseldorfer Mediziner Hans Werner Schlipkötter und der Hamburger Biochemiker Gernot Grimmer hatten bereits vor zehn Jahren Bonner Abgeordnete auf Zusammenhänge beispielsweise zwischen SO_2 und Krebserkrankungen hingewiesen (SPIEGEL 48/1981). Doch die gesundheitlichen Folgen der Umweltverschmutzung scheinen Millionen von Westdeutschen – instinktiv – besser zu erfassen als die Politiker der Parteien, die „Grünen“ ausgenommen.

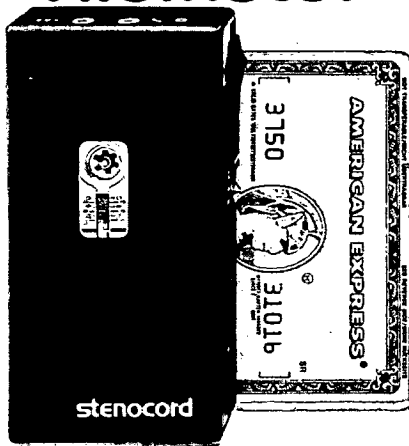
Gift in der Nahrung (unter anderem eine Folge des durch Säureregen erhöhten Cadmiumgehaltes von Nutzpflanzen) halten die Bundesdeutschen für ein noch größeres Zukunftsrisiko als selbst einen dritten Weltkrieg: 47 Prozent der Bevölkerung fürchten, so eine von NRW-Minister Hans Otto Bäumers vorgestellte demoskopische Erhebung, die Folgen gesundheitsschädlicher Rückstände in der Nahrung*.

Wie eng jedoch der Spielraum der Bundesregierung ist, wenn es darum geht, Umweltgefahren zu begegnen, erwies sich in Sachen SO_2 beispielhaft am 20. Oktober 1978.

An diesem „schwarzen Freitag“ der Umweltpolitik (Innen-Staatssekretär Günter Hartkopf) verwarf der Bundesrat eine Novelle zum Immissionsschutzgesetz, mit der die Bundesregierung versucht hatte, es allen recht zu machen: der Industrie, die eine Lockerung der Bedingungen verlangte, wie auch den Natur-

* 45 Prozent der Befragten nannten einen Verkehrsunfall, 34 Prozent Krieg, 14 Prozent Atomkraftwerke; Mehrfachnennungen waren möglich.

"Ich bin der Kleinste!"



Das kleinste Diktiergerät der Welt:

Stenocord 291 • Made in Germany • Im Schnellversand mit Fachhandelsadresse ab Werk* DM 447,50 (= DM 396,- + MwSt.)

Der Pocket-Diktierer. Für Diktier-Profis.

-  Hochempfindliche Aufnahme mit Umgebungsgeräusch-Dämpfung
-  Klare Wiedergabe für optimale Sprachverständlichkeit
-  Lautstärke stufenlos regelbar
-  Elektronisches Index-Signal zum schnellen Wiederfinden einzelner Diktatstellen
-  Schneller Rücklauf
-  Schneller Vorlauf
-  „Mitschneiden“ von Telefonaten
-  Einsatz als Telefon-Verstärker
-  Anschluß für Krawattenmikrofon
-  Batt. f. 25 Std. Diktierzeit
-  Anschluß für Netz-Adapter
-  Internationale Mini-Cassetten bis zu 1 Std. Diktierzeit
-  LED-Aufnahme- u. Batt.-Kontrolle
-  Transport-Sicherung gegen „selbsttätiges“ Einschalten
-  Warnton bei Bandende
-  „Die gute Industrieform“ 1981.

Und das alles im Taschenformat von nur 102 x 52 x 21 mm!

stenocord®

Der Diktier-Pionier.

* STENOCORD ELECTRONIC GMBH • Hansastraße 27a
8000 München 21 • 24-h-Telefonservice 089/57 20 47

und Menschenschützern, die Verschärfung forderten.

Den Umweltverbänden gegenüber – einerseits – hatte die Bundesregierung damals eingeräumt, „nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen“ (die in Wahrheit zu diesem Zeitpunkt mindestens zehn Jahre alt waren) seien die geltenden SO₂-Standards nicht mehr geeignet, „auch Tiere, Pflanzen und sonstige Sachgüter ausreichend zu schützen“. Daher sollten fortan für jene gut 90 Prozent des Bundesgebietes, die vorwiegend land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, verschärfte Schutzvorschriften gelten.

Der Wirtschaft – andererseits – wollte das Kabinett mit diversen Zugeständnissen entgegenkommen, die den Bau etwa von Kohlekraftwerken in den ohnehin verseuchten Zonen, rund 5 Prozent der Bundesfläche, noch erleichtern sollten. So industriefreundlich dieser Gesetzentwurf auch war, dem unionsbeherrschten Bundesrat war er bei weitem nicht industriefreundlich genug. Statt einer Zweiteilung des Bundesgebietes in eine Schutz- und eine Schmutzzone wünschten sich die auf Industrieansiedlung bedachten Provinzregierungen jene Luftbelastung, die im Ruhrgebiet gestattet sein sollte, als Generalmaßstab für die gesamte Bundesrepublik.

Zwar würden bei einer Verabschiedung des Regierungsentwurfs, so argumentierte damals der Deutsche Industrie- und Handelstag, in 5 Prozent des Bundesgebietes endlich „unvertretbar hohe Investitionshindernisse teilweise abgebaut“, auf den übrigen 95 Prozent der Fläche aber neue Hemmnisse für die Industrie geschaffen werden.

Weil sich weder Industrie- noch Umweltverbände für den Kompromißent-



SO₂-Forschung in der Schweiz*
„Alles muß irgendwo bleiben“

wurf von 1978 erwärmen mochten, ließ die Bonner Koalition die Vorlage schließlich fallen. Diese Schlappe hat Baums Planer veranlaßt, nun den Versuch zu wagen, das Luftrecht „auf kaltem Wege“ (ein Umweltjurist) zu novellieren.

Geändert werden sollen jetzt nicht mehr die Paragraphen des Immissions-

* Oben: Begasung von Koniferen mit SO₂ in der TH Zürich; unten: Versuchsanlage der TU Dresden.



SO₂-Forschung in der DDR*: „Nichts ist umsonst“

SUPER

WIRD DAS NEUE
URLAUBSJAHR'82.

FKK-Ferien an den
schönsten Stränden



WIR HABEN FÜR SIE DIE
SCHÖNSTEN BADEFERIEN
VORBEREITET.

AN DEN SONNENKÜSTEN
EUROPAS FINDEN SIE
ERHOLUNG
UND ABWECHSLUNG IN
FRÖHLICHER GEMEINSCHAFT.

DER NEUE FKK-REISE

KATALOG IST DA!

GLEICH ANFORDERN!

OBÖNA

82

6350 Bad Nauheim
Postf. 1449

Fordern Sie unseren
Farbbild-Katalog S1 an

06032-8984

schutzgesetzes, dessen Reform Bundes-
tag und Bundesrat zustimmen müßten,
sondern allein Richtwerte und Meß-
Regelungen in der TA Luft, einer Verwal-
tungsvorschrift, die vom Innenminister
(nach Abstimmung mit den Länderbe-
hörden) geändert werden kann.

Inhaltlich haben die Autoren des neu-
en Entwurfs, urteilt Umweltforscher
Prittwitz, in einem zentralen Punkt die
Bundesratsposition von einst weitgehend
übernommen: Während das Innenmini-
sterium 1978 ein grundsätzliches „Ver-
schlechterungsverbot“ für 95 Prozent der
Bundesfläche vorsah, soll Westdeutsch-
land nun generell „für Investitionen er-
schlossen“ werden können, mit Ausnah-
meregelungen lediglich für Natio-
nalparks und Naturschutzgebiete.

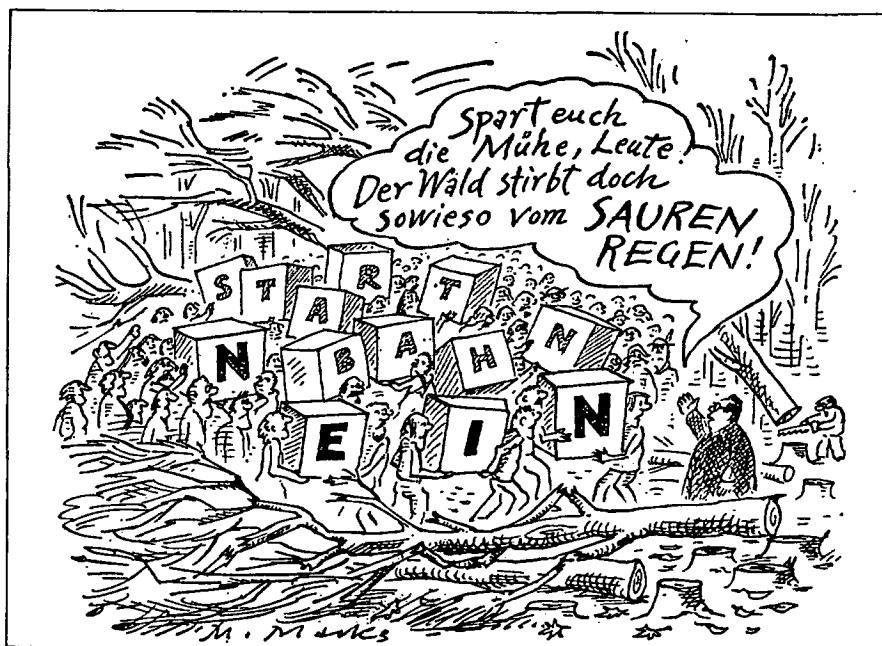
Obwohl der Entwurf mit derartigen
Änderungen den Wünschen der SO₂-
auswerfenden Wirtschaftsbranchen weiter

nungsfroh als Ziel fixiert hatte: „Ausbau
der Kohle zu der Energiebasis der Indu-
strieländer.“

Bereits jetzt, verkündet deshalb der
neueste Jahresbericht des Gesamtver-
bandes, sei der „Schutz der Vegetation“
in „weitestem Umfang gewährleistet“.
Weitergehende Forderungen brächten
nur „immer größere Unsicherheit“ der
Planer und Betreiber.

Auch die BDI-Vertreter tun in einem
letzte Woche vorgelegten 89-Seiten-Pa-
pier so, als hätten sie von Wald- und
Seensterben nie etwas gehört: Der Ver-
band kommt „zu dem Schluß, daß durch
die geltenden Immissionswerte auch Tie-
re und Pflanzen ausreichend geschützt
sind“.

Die sich verschärfende Energiekrise,
hoffen Industrievertreter, werde all den-
jenigen schon den Wind aus den Segeln
nehmen, die, wie Forstdirektor Joachim



Süddeutsche Zeitung

entgegenkommt als die alte Vorlage, gab
der Bundesverband der Deutschen Indu-
strie letzte Woche eine Stellungnahme
ab, die Minister Baum verwundert als
„ungewöhnlich hart“ qualifizierte:
Durch den Entwurf, klagt der Dachver-
band, werde der „Industriestandort Bun-
desrepublik in Gefahr“ gebracht.

Hinter der schroffen BDI-Stellungs-
nahme stecke, vermuten Baum-Berater,
„vor allem die Steinkohle“: Während
„die Chemie relativ flexibel und diskus-
sionsbereit“ auftrete, reagiere die Koh-
lewirtschaft selbst auf minimale umwelt-
politische Neuerungen ungemein aller-
gisch.

Karlheinz Bund etwa, Vorstandsvor-
sitzender des Gesamtverbandes des
deutschen Steinkohlenbergbaus, muß
befürchten, nach Jahren defizitärer Ent-
wicklung könnten Umweltauflagen ge-
fährden, was er auf dem jüngsten „Stein-
kohlentag“ in Düsseldorf noch hoff-

Pampe von der Arbeitsgemeinschaft der
Waldbesitzerverbände, von Kraftwerken
nur noch als „Giftschleudern“ reden.
Auch Norbert Rehbock, Forst-Obmann
im Agrarministerium, hatte bereits „Be-
such von der Steinkohle“.

Deren Lamento, zusätzliche Filteran-
lagen zur Bindung von mehr Schwefel
(und auch von Schwermetallen) würden
ein Viertel der eh in die Milliarden
gehenden Kraftwerk-Investitionen ver-
schlingen, kommentierten Ertls Forst-
Beamte mit einem „Na und?“ Darauf
die Steinkohlen-Vertreter: „Das wird Ih-
nen der Wirtschaftsminister schon bei-
bringen, was das bedeutet.“

Josef Ertl selber scheint vor allem
darauf bedacht, seine freidemokrati-
schen Kabinettkollegen, den Markt-
Grafen Lambsdorff und den zwischen
Ökonomen und Ökologen lavierenden
Umwelt-Ressortchef Baum, nicht durch
alarmierende Äußerungen über den Zu-



Waldpolitiker Ertl: „Auf beiden Ohren taub“?

stand des Waldes in zusätzliche Schwierigkeiten zu bringen.

Ertl kommt zugute, daß die Ursachen des Baumsterbens im Detail noch nicht abschließend erforscht sind. Auf „ganz bestimmt zwölf Theorien“ schätzt beispielsweise der Stuttgarter Forstdirektor Peter Weidenbach das derzeitige Diagnoseangebot der Wissenschaft allein für die indisponierte Weißtanne. Das renommierte „Forstwissenschaftliche Centralblatt“ hat die diversen Erklärungsversuche unlängst in einer Sondernummer auf fast 300 Seiten versammelt*.

Viele Forscher freilich, sagt der Kieler Biologe Professor Berndt Heydemann, scheuen eindeutige Aussagen über die Ursachen von Umweltschäden. Beliebt seien darum Gutachter-Formulierungen wie:

Es müßten weitere Untersuchungen eingeleitet werden, um zu klären, ob sich durch die aufgezeigten Tatbestände langfristig chronische Schäden ergeben könnten. Diese sind vorläufig mit endgültiger Sicherheit nicht – oder noch nicht in vollem Umfang – experimentell nachweisbar beziehungsweise vorauszusagen.

„Diese Schlußbemerkung“, spottet Heydemann über seine Kollegen, „ist gut für den Gutachter, weil er neue Forschungsgelder haben muß. Gut ist sie auch für den Politiker, weil er nun vorläufig keine Entscheidung zu fällen braucht“, die, im Falle des Waldsterbens, Kosten in Multi-Millionen-Höhe verursachen würde.

Die Unfähigkeit der Bonner Koalition, des Schwefel-Problems Herr zu werden, sei ein geradezu „klassischer Fall“ umweltpolitischen Versagens, kommentierte kürzlich die „Stuttgarter Zeitung“: „Der Schaden ist erkannt, die potentielle Ursache festgestellt. Aber der ökologische Wahnsinn schreitet fort, weil letzte wissenschaftliche Beweise (noch) nicht zu erbringen sind.“

Waldforscher Ulrich sieht keine andere Möglichkeit, als innerhalb „der nächsten zwei, drei Jahrzehnte die Emissionen auf Null herunterzubringen“. Ulrich: „Das ist eine Existenzfrage.“ Auch Liesel Hartenstein, Fach-Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, fordert eine „umweltpolitische Offensive“ gegen die Verschmutzung der Luft und des „nicht vermehrbaren Rohstoffs ‚Boden‘“; eine Verschärfung der von Baum vorgeschlagenen SO_2 -Werte sei „vordringlich“.

Waldpolitiker Ertl wiederum möchte die schwefeligen Gefahren durch atomare Risiken ersetzen: „Nur der Einsatz der Kernenergie kann unsere Natur retten.“ Unabhängige Energieexperten dagegen sind sicher, daß umweltfreundliche Kohleverbrennung durchaus machbar ist, wenn nur die Politiker die richtigen Schwerpunkte setzen.

Auf eine Finanzierungsmöglichkeit wies am Mittwoch letzter Woche der BUND hin. Bonn brauche nur den Bau des „ökonomisch unsinnigen und ökologisch zerstörerischen“ Rhein-Main-Donau-Kanals zu stoppen, den auch Bundesverkehrsminister Volker Hauff für „das dümmste Projekt seit dem Turmbau von Babel“ hält. Die dafür vorgesehenen vier Milliarden Mark könnten für die Entschwefelung ausgegeben werden.

Bei einem zweitägigen „Kohlekongreß“ in Essen, zu dem unter anderen die Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute geladen hatte, einigten sich unlängst 200 Fachleute auf einen Zehn-Punkte-Katalog zur Energiepolitik. Danach soll die Bundesregierung ihr Programm zur Kohleverflüssigung und -vergasung aus Gründen der Energieeinsparung wie auch der Luftreinhaltung aufgeben und die freiwerdenden Milliarden für die Einführung der Wirbelschichttechnologie und für den Bau von Fernheizzentralen bereitstellen.

Fernwärme könnte in der Tat, wie eine Untersuchung der Technischen Überwachungsvereine Rheinland und Westfalen bestätigt, nicht nur eine optimale Nutzung der Kohlevorräte ermöglichen, sondern auch die Abgase aus privaten Einzelöfen drastisch verringern: In den Belastungsgebieten zwischen Köln und Dortmund könnten mit Hilfe von Fernwärme laut TÜV die SO_2 -Immissionen aus Heizungen um durchschnittlich 93 Prozent gesenkt werden.

Was Kohlenutzung ohne Naturzerstörung kosten würde, hat jüngst die OECD errechnen lassen, der die USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland und 19 europäische Staaten angehören. Um die SO_2 -Emissionen bis 1985 auf den Stand von 1974 zu drücken, müßten die westeuropäischen Länder rund 0,5 Promille ihres Bruttosozialprodukts für die Schwefeldioxid-Verminderung aufwenden, insgesamt 1,17 Milliarden Dollar.

Dem allerdings würde, so die OECD-Experten, möglicher Nutzen bis zu acht Milliarden Dollar gegenüberstehen – durch Minderung von forst- und landwirtschaftlichen Einbußen, Korrosionsschäden und Krankenkosten.

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Westeuropäer könnte laut OECD um 500 Tage steigen.

Eine britische Umweltstudie hat vor einigen Jahren schon dargelegt, vor welcher schlichten Alternative die Industrienationen stehen: „Wir haben uns zu entscheiden, ob wir die Kosten der Luftreinhaltung tragen wollen oder aber die Kosten unterlassener Reinhaltung.“

Ende

* „Forstwissenschaftliches Centralblatt“, Jahrgang 100, Heft 3/4, Verlag Paul Paray, Hamburg und Berlin; 54 Mark.